

01.06.2019, rbb-Inforadio, 8:04 Uhr

## **Interview mit dem Berliner Innensenator Andreas Geisel zum Al-Quds-Marsch 2019**

**Interviewer: Herr Schulze**

**Wortgetreue Übertragung\*:**

**Schulze:** Antisemitismus, Israelfeindlichkeit, aggressiver Islamismus – all das müssen wir heute in der westlichen Berliner Innenstadt ertragen.

Der vom Iran initiierte Al-Quds-Marsch findet wieder auf dem Ku'damm statt; 2000 Teilnehmer werden erwartet.

Da wird immer zur Vernichtung Israels aufgerufen, und es wird immer die Eroberung Jerusalems verlangt. Al Quds ist ja der arabische Name [*für*] die für drei Weltreligionen Heilige Stadt.

Nur – warum ist so eine Demo in Berlin überhaupt möglich? Und zwar immer wieder! Jedes Jahr!

Berlins Innensenator Andreas Geisel ist jetzt am Telefon.

Guten Morgen Herr Geisel.

**Geisel:** Guten Morgen, Herr Schulze.

**Schulze:** Herr Geisel, warum haben Sie den Al-Quds-Marsch nicht verboten?

**Geisel:** Weil der Artikel 5 und der Artikel 8 des Grundgesetzes, also Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland ein hohes Gut sind.

**Und natürlich haben wir keinen Zweifel daran, dass die Menschen, die sich am Al-Quds-Marsch beteiligen, genau das denken, was wir ihnen unterstellen, das sie denken – also zutiefst antisemitisch zu sein und das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen. Nur sie sagen es seit Jahren eben nicht, und (hm)deswegen sind die Voraussetzungen, ein Verbot durchzusetzen, juristisch nicht gegeben.**

Auch das Thema des Verbotes der Hizbollah ist ja in Deutschland jedenfalls nicht mit einem Verbot beantwortet worden, also auch da haben wir keine rechtliche Handhabe, und deshalb ist es ganz eindeutig, dass wir vor dem Verwaltungsgericht mit einem Verbot scheitern würden, und deswegen arbeiten wir mit harten Auflagen.

**Schulze:** Sie selbst haben im März gesagt: »Wenn gegen den Staat Israel und gegen Jüdinnen und Juden gehetzt werden soll, dann ist die rote Linie überschritten.« Zitat Ende. - **Heute wird wieder gehetzt, was das Zeug hält.**

**Geisel:** Ja.

**Schulze:** Wo also ist die rote Linie?

**Geisel:** Ähm - **Herr Schulze, ich muss schlicht sagen: Nein, die haben – die Teilnehmer der Al-Quds-Demonstration haben es leider nicht ausgesprochen.** Weil unsere Auflagen wirksam waren in den letzten Jahren, und wir setzen

unsere Auflagen auch durch mit Arabisch sprechenden Dolmetschern, und genau das, was Sie berichten, hat vor einigen Jahren stattgefunden, ja, aber in den letzten Jahren eben nicht mehr. **Und deswegen muss man schlicht sagen, das ist schwer erträglich, was heute stattfindet, und deswegen werde ich auch bei der Gegendemonstration dabei sein, aber Deutschland ist eben ein sehr freies Land.** Genau das unterscheidet uns ja von den Regimes in der Welt, die wir kritisieren, und deshalb müssen wir auch solche Demonstrationen leider hinnehmen, wenn wir keine rechtlichen Möglichkeiten haben, ein Verbot durchzusetzen.

**Schulze:** Herr Geisel, Sie haben jetzt schon mehrfach auf Auflagen verwiesen. Welche sind das?

**Geisel:** Na, wir haben Auflagen erteilt, dass solche Sprechchöre, [*unverständlich: wie die fand die*] zur Vernichtung Israels auffordern, oder antisemitische Sprechchöre unterbunden, also nicht, nicht gesagt werden dürfen, nicht gezeigt werden dürfen, dass man Symbole der Hizbollah nicht zeigen darf. Dagegen haben die Veranstalter geklagt, und leider hat das Verwaltungsgericht Berlin gestern unsere Auflage als rechtswidrig erklärt, dieses Zeigen der Hizbollah-Symbole zu unterlassen. Deswegen haben wir beim Oberverwaltungsgericht Beschwerde dagegen eingelegt; das wird im Laufe des Vormittags entschieden.

**Schulze:** Antisemitismus von radikalislamischen Gruppen ist leider nichts Neues. Juden werden aber auch immer heftiger neuerdings von rechts angegriffen. Das zeigte kürzlich der BKA-Bericht zu politisch motivierten Gewalttaten. Gibt es für Menschen jüdischen Glaubens No-Go-Areas in Deutschland?

**Geisel:** Nein.  
Um es ganz schlicht [*zu*] sagen – Nein, das ist nicht der Fall, und wir dürfen das auch nicht zulassen.

Ja – wir haben leider ein Ansteigen des Antisemitismus in Deutschland, und auch ein Ansteigen antisemitischer Straftaten, und dagegen müssen wir vorgehen. Dazu müssen wir allerdings auch erstmal klar sagen, ja, wir haben dieses Problem wieder in Deutschland, und wir müssen es mit allen unseren Möglichkeiten angehen.

Eine Möglichkeit ist, Solidarität zu zeigen, Kippa zu tragen, Gegendemonstrationen zu besuchen, zu zeigen, dass wir das in unserm Land nicht dulden.

Dieser Antisemitismus hat – er ist jetzt nicht eindeutig einem Extremismusbereich zuzuordnen. Sie finden das im Islamismus, Sie finden das im Rechtsextremismus, Sie finden das auch im Linksextremismus.

Beim Rechtsextremismus nennen wir das die »Entgrenzung des Rechtsextremismus« – also, es ist keine schöne Botschaft für uns:

**Wir dachten ja, der Antisemitismus sei in unserm demokratischen Staat nahezu verschwunden und reduziert [, dass?] vielleicht einzelne Neonazis bei der NPD ...[Teil des Satzes unverständlich]. Aber wir müssen feststellen, dass seitdem die demokratische Diskussion, der Diskurs, nach rechts gerückt wird, Rechtspopulisten auch die politische Agenda bestimmen, Antisemitismus ganz offen wieder auftaucht, dass er also nicht wirklich verschwunden war, sondern dass man ihn halt im Verborgenen gelebt hat. Und jetzt tritt er wieder offen zutage, was uns wieder sagt, dass wir das fundamental angehen müssen.**

Und ich bin deshalb froh, dass der Justizsenator einen Antisemitismusbeauftragten für Berlin benannt hat. In diesem Sommer wird auch die Berliner Polizei einen Antisemitismusbeauftragten benennen, damit wir dort klar Position beziehen.

Und ansonsten werden wir das Thema breit angehen müssen, in den Schulen beispielsweise mit Präventionsprogrammen.

Allein sich zu bekennen gegen Antisemitismus hilft noch nichts, wenn wir dieses Denken in den Köpfen nicht verändern.

Aber wie gesagt – das erste und wichtigste ist, Solidarität zu zeigen, Kippa zu tragen und auf die Straße zu gehen – das ist, für den demokratischen Rechtsstaat, für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

**Schulze:** Sie werden heute bei einer Gegenveranstaltung zur Al-Quds-Demo dabei sein, auch Kippa tragen – reicht das?

**Geisel** Ja. – Nee! Es reicht nicht, an einem Tag auf die Straße zu gehen, sondern es ist eine Aufforderung an uns alle, uns zu unserem demokratischen Rechtsstaat zu bekennen und ganz klar Antisemitismus in die Schranken zu weisen. Und zwar nicht nur auf der Straße.

Es ist wichtig, heute auf die Straße zu gehen und es dort [*doch?*] zu zeigen. Aber wichtig ist es auch, das im Freundeskreis, im Kollegenkreis zu tun, keinen Zweifel an seinen Positionen dort zuzulassen und das auch deutlich nach außen zu vertreten.

Zivilcourage von jedem einzelnen ist da gefragt.

\*\*\*

\* Einige nicht gut verständliche Teile im Redefluss habe ich kenntlich gemacht. Die Hervorhebungen durch Fettdruck sind von mir. H.-P. Seidel